

DR1 Dringlichkeitsantrag: NACH DER WAHL IST VOR DER ORGANISIERUNG

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND
Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 23.09.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

Antragstext

Die Landtagswahl am 6. September war ein Schock für viele von uns. Erstmals ist mit der AfD eine gesichert rechtsextreme Partei in der Nähe der absoluten Mehrheit in einem Bundesland. Erstmals nach 1945 könnten Faschist*innen damit einen Ministerpräsidenten stellen. Es geht dabei nicht um einen einfachen Politikwechsel. Die AfD möchte ein anderes politisches System, weg von demokratischen Grundwerten wie Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenwürde, hin zu einer Gesellschaft, die ausgrenzt und diskriminiert. Am 6. September haben 43,8 Prozent der Wähler*innen in Sachsen-Anhalt einer solchen Gesellschaft ihre Stimme gegeben.

Für die Grüne Jugend als Teil der progressiven Linken und der demokratischen Kräfte in diesem Bundesland bedeutet das, dass nichts so bleiben darf wie bisher. Wir dürfen jetzt nicht aufgeben, sondern jetzt erst recht weiterkämpfen, für ein Sachsen-Anhalt, in dem jeder Mensch sein kann, wie er möchte, in dem Menschenwürde für alle gilt, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Identität, ihren Auffassungen. Und wir müssen ein Anlaufpunkt bleiben für all jene, die von einer AfD-Regierung bedroht sind.

Die Anträge auf dieser LMV sind lediglich ein erster Aufschlag dafür, wie wir uns als GJ nach dieser Landtagswahl aufstellen wollen; strategisch und inhaltlich. In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir dafür weitere Debattenprozesse im Landesverband initiieren, beginnend auf dieser Landesmitgliederversammlung. Das Ziel dieser Aufstellung muss es sein, die ganze Grüne Jugend Sachsen-Anhalt zu repräsentieren. Auch jenseits der beiden Großstädte Halle und Magdeburg, auch dort, wo kein Kreisverband existiert, wollen wir für unsere Mitglieder ansprechbar sein. Dieser Antrag soll hierfür den Anfang machen.

Die politische Lage in Sachsen-Anhalt

Im neuen Landtag ist die gesichert rechtsextreme AfD mit 39 Abgeordneten im Landtag vertreten. Sie ist damit nur noch drei Stimmen von der absoluten

Mehrheit entfernt und kommt auf genauso viele Abgeordnete wie die demokratischen Parteien Grüne, Linke, SPD und CDU gemeinsam. Die AfD hat damit eine große Chance, die nächste Regierung anzuführen. Sei es als Minderheitsregierung ohne parlamentarische Mehrheit oder als Bündnis mit abtrünnigen Abgeordneten der CDU oder des BSW.

Das BSW mit seinen fünf Abgeordneten wird damit zum Zünglein an der Waage, das über die kommende Regierung entscheidet. Dabei hat diese Partei in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass auf sie kein Verlass ist, wenn es darum geht, demokratische Mehrheiten in einem Bundesland zu sichern. Dies gilt sowohl für Brandenburg, wo die Koalition aus CDU und BSW nach nicht einmal zwei Jahren auseinandergebrochen ist, als auch für Thüringen, wo die BSW-Fraktion beinahe geschlossen aus der Partei austreten musste, um den Forderungen der Bundesspitze, die Koalition zu beenden, zu entgegen, oder für Sachsen, wo eine Koalition gegen die AfD vom BSW von Beginn an abgelehnt wurde. Das Verhalten des BSW in anderen Bundesländern lässt nicht hoffen, dass diese Partei in Sachsen-Anhalt zu stabilen politischen Verhältnissen beitragen kann.

Auch in Sachsen-Anhalt hat sich das BSW bisher nicht mit konstruktiven Vorschlägen zur Bildung einer demokratischen Regierung hervorgetan. Stattdessen führt es seit der Wahl Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit mit der AfD. Für uns als Grüne Jugend ist klar: Eine Partei, die bereit ist, mit Faschist*innen zu kooperieren, kann kein Partner in einer demokratischen Regierung sein!

Wir wissen, dass eine Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt schwierig wird und eine demokratische Mehrheit ohne das BSW derzeit unmöglich ist. Gleichzeitig ist eine demokratische Regierung nur dann eine Option, wenn sich alle Beteiligten eindeutig von antidemokratischen Parteien abwenden. Solange das BSW sich nicht eindeutig von der AfD distanziert, kann es kein Partner für eine demokratische Mehrheit sein, sondern wäre auch innerhalb dieses Bündnisses eine Gefahr.

Es ist weiterhin möglich, dass eine AfD-Regierung verhindert wird, aber vieles deutet gerade darauf hin, dass mit Ulrich Siegmund erstmals ein Mitglied einer rechtsextremen Partei Ministerpräsident werden könnte. Und auch wenn doch noch einmal eine Regierung ohne Beteiligung der AfD möglich sein sollte: Die 43,8 Prozent, die die AfD bei der Landtagswahl geholt hat, verschwinden dadurch nicht einfach. Wir müssen uns mit einer politischen Lage auseinandersetzen, in der die AfD das gesellschaftliche Klima dominiert und wir müssen uns auf ein Szenario vorbereiten, in dem Faschist*innen die Regierung stellen könnten. Als Grüne Jugend müssen wir klären, wie wir auch in dieser Situation handlungsfähig bleiben, wie wir weiterhin Safe Spaces erhalten können und es schaffen, gegen die extreme Rechte die Hoffnung auf ein gerechteres Morgen zu organisieren.

Bündnisse schmieden

Bei der Landtagswahl wurden die Grünen von vielen gewählt, um eine AfD-Regierung zu verhindern. Die Erfüllung dieses Wählerwunsches liegt nicht mehr in unserer Hand, aber wir sehen es als unsere Aufgabe, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen. Hierfür werden wir den Schulterschluss mit der Vielzahl an Bündnissen und Initiativen suchen, die sich in Sachsen-Anhalt für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt einsetzen. Mit diesen Gruppen wollen wir gemeinsam kämpfen, um so eine Gegenmacht zur AfD aufzubauen. Mit den Gewerkschaften im Tarifkonflikt, im Schulterschluss mit queeren und migrantischen Verbänden, mit Umweltinitiativen und den Omas gegen rechts. Die Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt ist vielfältig und sie hat bereits vor dieser Wahl gezeigt, was sie bewegen kann: Demonstrationen und Straßenfeste in großen und kleinen Orten, kreative Aktionen und engagierter Protest. Die Energie der Zivilgesellschaft wird in den nächsten fünf Jahren entscheidend sein, um sich der AfD entgegenzustellen. Wir haben zwar keine unbegrenzten Möglichkeiten, aber als Jugendorganisation einer Partei können wir verhältnismäßig sichere Ressourcen anbieten. Unsere Mutterpartei bekommt einen festen Beitrag aus der Parteienfinanzierung, wir bekommen Geld von den Grünen und sind somit unabhängig von kurzfristiger und schnell kündbarer staatlicher Förderung, wie sie viele Vereine bekommen. Außerdem bekommen wir Unterstützung vom Bundesverband der Grünen Jugend und uns stehen mit den Büros der Grünen Räumlichkeiten zur Verfügung, die wir mitnutzen können. Damit haben wir Ressourcen, die gerade kleinere Initiativen nicht zur Verfügung haben und die wir teilen können. Denn gerade jetzt gilt: nur gemeinsam können wir die Demokratie in Sachsen-Anhalt verteidigen.

Räume schaffen

Die kommenden Jahre werden von rechter Dominanz geprägt sein. Wer nicht in das Weltbild der AfD passt, wird es schwerer haben, sich offen zu äußern oder auch nur zu bewegen, ohne Angst vor Angriffen haben zu müssen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, Räume zu schaffen, in denen Menschen ohne Angst sie selbst sein können. Die Grüne Jugend muss sich die Aufgabe stellen, ein solcher Ort zu sein. Wir wollen ein offener Raum sein für diejenigen, die nach politisch Gleichgesinnten suchen, für einfachen Austausch oder Beisammensein, ohne immer an die AfD denken zu müssen, aber natürlich auch, um Protest vorzubereiten, Aktionen zu planen und Widerstand zu organisieren. Dafür müssen wir auch aus unseren Zentren in Halle und Magdeburg herauskommen und in der Fläche aktiv werden, denn gerade dort fehlen solche Orte. Unser Ziel muss es sein, gemeinsam mit unseren Mitgliedern vor Ort Angebote zu schaffen, wo dies sinnvoll erscheint. Nicht immer müssen dauerhafte Strukturen errichtet werden, manchmal reichen auch lose Treffen, um überhaupt eine Möglichkeit zu schaffen, sich auszutauschen. Als Grüne Jugend müssen wir uns den Realitäten vor Ort anpassen und anbieten, was gebraucht wird.

Strukturen reformieren

Die Grüne Jugend findet in Sachsen-Anhalt derzeit vor allem in den großen Städten statt. Treffen in Präsenz gibt es fast nur dort, Aktionen konzentrieren sich hier. In die Fläche zu kommen, fällt uns schwer, in vielen Kreisen wohnen nur vereinzelte Mitglieder. Hier feste Strukturen in Form von Kreisverbänden aufzubauen, ist nur schwer umsetzbar. Um unsere Mitglieder auch im ländlichen Raum stärker einzubinden und auch vor Ort mehr Präsenz zeigen zu können, müssen wir unsere Strukturen deshalb reformieren. Es braucht häufigere Formate auf Landesebene, die auch digital stattfinden können, um einen Austausch innerhalb des Verbandes zu ermöglichen, aber auch stärkere Unterstützung des Landesverbandes vor Ort. Gleichzeitig kann der Landesvorstand nicht überall gleichermaßen präsent sein. Kapazitäten im Landesverband sind häufig knapp und müssen gezielt eingesetzt werden. Wir wollen daher einen umfangreichen Beteiligungsprozess starten, um zu prüfen, wie unsere Strukturen sich ändern müssen, um allen Mitgliedern Beteiligung zu ermöglichen und gleichzeitig die Möglichkeiten des Landesverbandes nicht zu überreizen.

Kritisch in der Partei, geschlossen nach außen

Als Grüne Jugend sehen wir uns als kritisches Korrektiv der Partei, um die Parteilinie nach links zu verschieben. Wir stellen uns quer, wenn die Grünen ihre Politik nach rechts verschieben wollen und wir schrecken nicht vor unangenehmen Debatten zurück, um die Partei mit ihren Widersprüchen zu konfrontieren. Dieses Ziel werden wir auch weiterhin verfolgen. Wir werden die Politik der Grünen kritisieren, wenn sie dem rechten Zeitgeist nachgeben und wir werden in unseren Anträgen auf dem Landesparteitag dafür kämpfen, dass linke Positionen in der Partei eine Mehrheit finden. Streit um die Sache gehört zur innerparteilichen Demokratie. Diese zu leben ist für uns essenziell. Gleichzeitig steht die Partei nach dieser Wahl unter enormem Druck. Rechtsextreme Hegemonien im Bundesland erschweren grüne Politik und gefährden Menschen, die sich für diese Partei engagieren. Wir möchten deshalb verstärkt den Austausch mit der Partei und der grünen Landtagsfraktion suchen, um gemeinsam für Fortschritte in unserem Bundesland zu kämpfen. Das bedeutet für uns auch, dass wir geschlossen stehen, wenn es darum geht, Angriffe von rechts abzuwehren. Wir werden rechten Hetzkampagnen geschlossen entgegentreten und Diffamierungen im Netz nicht unwidersprochen lassen.

Widerstand leisten!

Die Politik der nächsten fünf Jahre wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein beständiger Abwehrkampf sein. Errungenschaften, die wir für selbstverständlich hielten, stehen nun unter Druck und müssen unter Aufbietung aller Kräfte verteidigt werden. Wir werden einer AfD-Regierung nicht tatenlos zusehen. Wir werden hierbleiben, wir werden kämpfen! Im Netz, auf der Straße, im Parlament, im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft, mit den Gewerkschaften und anderen Jugendorganisationen. Wir schaffen Räume, um Hoffnung zu organisieren, wir geben

152 alles, um die Rechtsextremen in diesem Bundesland zurückzudrängen und um in fünf
153 Jahren ein besseres Morgen zu bekommen.

Begründung

Erfolgt mündlich.